

12. Oktober
2022

Budgetanalyse: Subventionsexzesse treiben Schulden in lichte Höhen

KONTOINHABER: REPUBLIK ÖSTERREICH

KONTOAUSZUG 8

BLATT 1

DATUM	ERLÄUTERUNGEN	BETRAG
-------	---------------	--------

31.12.2023	STAATSEINNAHMEN	98.088.000.000,00
------------	-----------------	-------------------

31.12.2023	STAATSAUSGABEN	115.122.100.000,00-
------------	----------------	---------------------

31.12.2023	DEFIZIT	17.034.100.000,00-
------------	---------	--------------------

KONTOSTAND IN EUR, GESAMT		366.900.000.000,00-
---------------------------	--	---------------------

Mit Magnus Brunner (ÖVP) hält der nächste Finanzminister seine erste Budgetrede in turbulenten Zeiten. Im Bundesbudget sind dabei 68 Milliarden Euro an neuen Schulden für die Jahre 2022 bis 2026 vorgesehen. Nach der Pandemie ist es nun die anhaltende Teuerungswelle, die als Begründung für die hohen Ausgaben herhalten muss. Allerdings hätten wir auch ohne die Hilfszahlungen gegen diese Krise ein laufendes Defizit.

Überblick

— Österreich wird bis 2026 Schulden im Ausmaß von 394 Milliarden angehäuft haben. Diese werden allerdings durch die steigenden Preise teilweise weginflationiert. Die Schuldenquote (Staatsschulden in Relation zum BIP) sinkt trotz der hohen Defizite.

— Die neuen Schulden sind die Folge üppiger Anti-Teuerungspakete, die Bundesregierung erklärt de facto die Bevölkerung des gesamten Landes zu Bedürftigen, denen auf Kosten der (künftigen) Steuerzahler zu helfen sei. Jeder bekommt etwas von den zahlreichen Anti-Teuerungsmaßnahmen ab, niemand wird vergessen. Gezielte Maßnahmen für die Bedürftigen wären der bessere Weg gewesen.

— Nach den privaten Haushalten sind nun die Unternehmen an der Reihe. Auch hier greift der Staat wieder beherrscht zur Fördergießkanne. Der Staat kann aber gerade Unternehmen nicht von jedem Risiko befreien. Zu helfen ist dort, wo es sich um ein vorübergehendes Problem handelt. Aber nicht dort, wo das Geschäftsmodell ohne günstiges Gas aus Russland nicht überlebensfähig ist.

— Die Hilfszahlungen sind aber längst nicht der einzige Grund für die Defizite. Auch ohne Corona- und Anti-Teuerungshilfen sowie der Abschaffung der kalten Progression und Mittel für die Transformation der Wirtschaft läge das Defizit für 2023 bei rund 7,8 Milliarden Euro.

— Die hohen Staatsschulden könnten für Österreich schon bald zum großen Problem werden. Die Zeit der Nullzinsen ist vorbei, die Zinsbelastung des Schuldenbergs des Bundes wird von 4,3 Milliarden Euro im Jahr 2022 bis 2026 auf 8,3 Milliarden Euro ansteigen. Wobei sich schon im kommenden Jahr 2023 die Zinsbelastung auf 8,7 Milliarden Euro verdoppelt.

— Noch stärker als die Subventionsexzesse treibt das wachsende Pensionsloch die Staatsschulden nach oben.

Für die Jahre 2022 bis 2026 müssen über 140 Milliarden Euro aus dem Budget zugeschossen werden, um das Defizit des staatlichen Pensionssystems abzudecken. Bereits jetzt muss knapp jeder vierte Budgeteuro dafür aufgewendet werden. Statt das Pensionsantrittsalter zu erhöhen, gönnt die Bundesregierung den Pensionisten heuer zum wiederholten Male außertourliche Pensionserhöhungen – die Ausnahme wird in Österreich zur Regel.

— Auch im kommenden Jahr wird wieder mehr Geld für die Ruhegehälter ehemaliger Beamter ausgegeben als der Bund über die Bildung in die Zukunft unserer Kinder investiert. Das ist weder nachhaltig noch zukunftsorientiert.

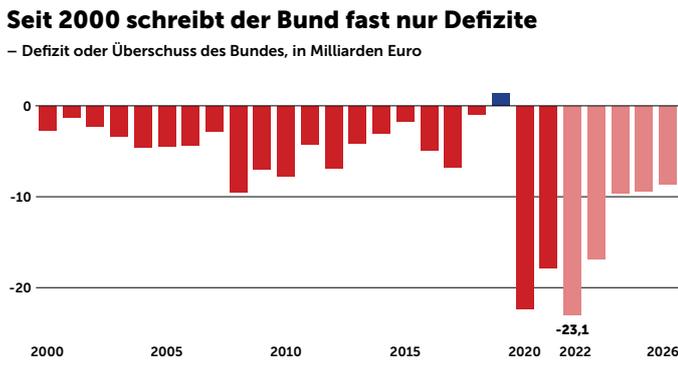
— Fast gänzlich fehlen richtungsweisende Erneuerungen staatlicher Strukturen. An der Dringlichkeit fehlt es nicht: Von den Pensionen über die Pflege bis hin zum Arbeitsmarkt bietet sich ein großes Betätigungsfeld.

— Der große Lichtblick des nächsten Budgets ist, dass die Bundesregierung die kalte Progression abschafft. Dafür gebühren Finanzminister Magnus Brunner Lob und Anerkennung. Auch wenn die kalte Progression nicht zur Gänze automatisch und für alle, sondern nur zu zwei Dritteln aus der Welt geschafft wird.

68 Milliarden Euro wird die Bundesregierung von 2022 bis einschließlich 2026 an neuen Schulden aufnehmen. Besonders die Jahre 2022 und 2023 stechen mit 23 und 17 Milliarden Euro hervor, die hohe Neuverschuldung liegt insbesondere an den Anti-Teuerungsmaßnahmen. Nach den Rekordausgaben im Zuge der Corona-Krise prägt nun also die nächste Krise das Budget. Auch wenn die Anti-Teuerungspakete im Vergleich zu den Corona-Ausgaben klein erscheinen, wären sie in Vor-Corona-Zeiten riesig gewesen. Allein die Anti-Teuerungspakete und Entlastungen summieren sich heuer auf 6,3 Milliarden Euro. Nicht wirklich neu sind die außertourlichen Pensionserhöhungen, obwohl aus dem Budget bereits 2022 23 Milliarden Euro zugeschossen werden, um das staatliche Rentensystem solvent zu halten. Der Zuschuss wird im kommenden Jahr bereits 25 Milliarden Euro und im Jahr 2026 knapp 33 Milliarden Euro ausmachen. Zahlen wird das alles nicht der Staat. Zahlen werden das die Steuerzahler, nicht zuletzt jene, die heute noch die Schulbank drücken.

Auch ohne die Hilfszahlungen gegen diese Krise hätte Österreich ein laufendes Defizit.

Abb. 1: Defizit oder Überschuss des Bundes

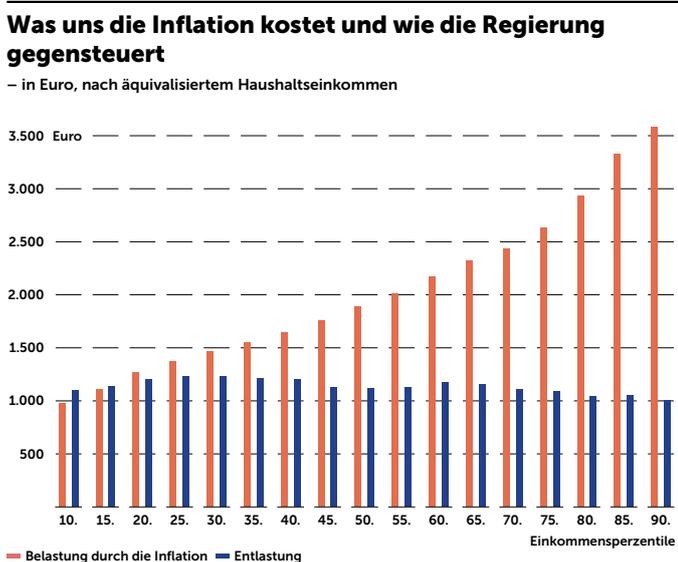


Quellen: BMF, OeNB.
 Anmerkung: Die Werte ab 2022 sind Prognosewerte.



Es ist völlig richtig, dass der Staat die Ärmsten angesichts der rasant steigenden Preise nicht im Regen stehen lässt. Es gehört zum Grundkonsens, dass niemand in seiner eiskalten Wohnung bei Kerzenlicht und Kaltwasser auf bessere Zeiten hoffen muss. Die ärmsten 15 Prozent der Haushalte werden aber durch die bereits bestehenden Maßnahmen (inklusive der Strompreisbremse für den Monat Dezember) für die ihnen entstehenden Mehrkosten im laufenden Jahr abgesichert. Weitere Einmalzahlungen könnten im kommenden Jahr notwendig werden. Diese sollten dann zielsicher auf die unteren Einkommen fokussiert werden. Klar aber ist auch, dass nicht das ganze Land aus Bedürftigen besteht. Der Staat sollte nicht mit der Gießkanne quer über alle Einkommensschichten unterstützend eingreifen, sondern gezielt jenen helfen, die es ohne die Hilfe der Solidargemeinschaft nicht schaffen.

Abb. 2: Wie stark federt der Staat die Inflation ab?



Quellen: Eigene Berechnungen, Statistik Austria (Konsumerhebung 2019/2020), Fiskalrat.
 Anmerkung: Unter der Annahme einer Jahresinflation von 7,9 Prozent.



Sehr erfreulich ist es, dass sich der Finanzminister von seiner heimlichen Geliebten trennt: der kalten Progression. Dafür gebühren Finanzminister Magnus Brunner Lob und Anerkennung. Wir von der Agenda Austria halten diese Verbindung seit Jahren für unanständig. Es ist frivol, wenn der Staat im Hochsteuerland Österreich den Bürgern auch noch die Inflationsabgeltung ihrer Arbeitseinkommen besteuert. Deshalb ist es gut, wenn ab Jänner auch die Einkommensgrenzen für die jeweiligen Steuersätze mit der Inflation mitwachsen. Einziger Schönheitsfehler: Nur zwei Drittel der Teuerung werden automatisch berücksichtigt, das restliche Drittel wird nach dem Gutdünken des Finanzministers bzw. der Regierungsparteien verteilt. Genügend Raum für Klientelpolitik. Entsprechend werden Menschen in Österreich, deren Bruttomonatsverdienst 3.500 Euro übersteigt, weiterhin über die kalte Progression belastet – nur nicht mehr ganz so stark. Steuer- und Sozialpolitik sollte allerdings über explizite Reformen betrieben werden. Stattdessen geschieht das ab jetzt jährlich durch die Hintertür mit den verbleibenden Einnahmen aus der kalten Progression.

Neben den zahlreichen Entlastungsmaßnahmen der Regierung kommt es aber auch zu einer Steuererhöhung: Die Einführung der CO₂-Steuer erfolgte im Oktober 2022. Damit bekommt CO₂ abseits der Sektoren im EU-Emissionshandel (Energiewirtschaft und energieintensive Industrie) zum ersten Mal einen Preis, der bei 30 Euro pro Tonne CO₂ starten wird. Dieser Preis wird kontinuierlich ansteigen und ab dem Jahr 2025 werden dann auch die Sektoren Verkehr und Wohnen in einen nationalen Emissionshandel überführt. Dieser Belastung steht mit dem Klimabonus allerdings auch eine Entlastung gegenüber. Damit werden die Bürger im Jahr 2022 mehr als überkompensiert. Im laufenden Jahr wird der Klimabonus für alle Erwachsenen in Österreich 250 Euro betragen, für Kinder die Hälfte (zusätzlich wird im Jahr 2022 einmalig der Anti-Teuerungsbonus in gleicher Höhe zusammen mit dem Klimabonus ausgezahlt). Ab dem kommenden Jahr wird die Höhe des Klimabonus dann vom Wohnort abhängig sein.

Kurz zusammengefasst: Ein Budget, das mit der Abschaffung der kalten Progression einen kleinen Lichtblick bietet. Jedoch überwiegen die Schattenseiten. Die Fehler der Vergangenheit werden wiederholt, die hohe Teuerung wird mit der teuren Gießkanne bekämpft, die Politik der außertourlichen Pensionserhöhungen wird, wenn auch weniger intensiv, fortgesetzt. Die Rechnung dafür wird eiskalt an die kommenden Generationen

weitergereicht. Eine kleiner werdende Zahl an Einzählern wird eine stark wachsende Zahl an Empfängern staatlicher Leistungen zu finanzieren haben. Der demografische Wandel wird von der Politik ignoriert, für sie zählen nur die Ergebnisse bei den nächsten Wahlen.

Einnahmen auf Rekordkurs

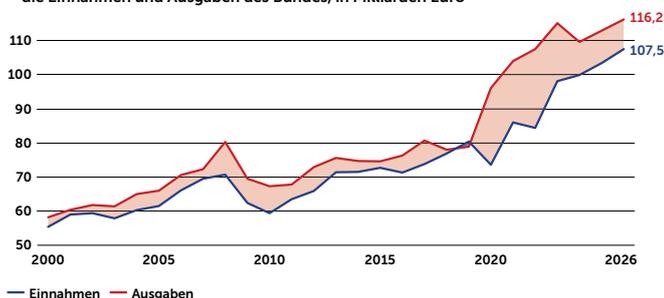
Die Einnahmen des Bundes werden ab dem kommenden Jahr aufgrund der hohen Inflation laufend einen Rekord nach dem anderen erreichen. Dabei werden die Steuereinnahmen des gesamten Staates bereits im kommenden Jahr erstmals die 100 Milliarden Euro-Marke überschreiten, wobei ein Teil hiervon an Bund und Länder geht. So werden die Überweisungen an Länder und Gemeinden über den Finanzausgleich von 29,3 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 40,2 Milliarden Euro im Jahr 2026 ansteigen. Abzüglich sonstiger Überweisungen (beispielsweise an die EU) und zuzüglich anderer Einnahmen, erzielen die Einnahmen 2023 einen neuen Rekord in Höhe von 98,1 Milliarden Euro. In den folgenden Jahren werden diese kontinuierlich auf 107,5 Milliarden Euro in 2026 weiter ansteigen.

Die Einnahmen der Umsatzsteuer werden in den kommenden Jahren von einem Jahreshoch zum nächsten eilen. Lagen die Einnahmen 2021 bei 30,6 Milliarden Euro steigen sie im kommenden Jahr auf 37 Milliarden Euro. Für das Jahr 2026 wird mit Einnahmen in Höhe von 41,3 Milliarden Euro gerechnet.

Abb. 3: Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes

So viel mehr gibt der Bund aus

– die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, in Milliarden Euro



Quellen: BMF, OeNB.



Bei der Lohnsteuer zeigt sich dasselbe Muster: Trotz der Abschaffung der kalten Progression werden die Einnahmen stetig von 30 Milliarden Euro 2021 auf 38 Milliarden Euro im Jahr 2026 steigen. Die Abgabenlast auf den Faktor Arbeit bleibt damit hierzulande im internationalen Vergleich im absoluten Spitzenfeld. Nur in Belgien und in Deutschland bleibt den Arbeitneh-

mern noch weniger von ihren Arbeitskosten als in Österreich. Im Ranking der OECD liegt Österreich damit auf Platz drei. Das heißt: Es fehlt nach wie vor eine strukturelle Lohnsteuerreform, welche die Arbeitnehmer nachhaltig entlastet.

Auszahlungen

Auch die Auszahlungen des Bundes werden einmal mehr die 100-Milliarden-Euro-Marke überschreiten. 2022 bis 2026 werden wir drei neue Ausgabenrekorde erleben. Geplant liegen die Ausgaben in jedem Jahr über den coronahilfebedingten bisherigen Rekordjahren. Mit der Teuerungswelle hat die nächste Krise die Republik Österreich erreicht. Der Staat steuert mit milliardenschweren Ausgabenpaketen gegen, das schlägt sich im Budget mit 6,3 Milliarden Euro im Jahr 2022 nieder.

Jedoch verblassen die Kosten der Anti-Teuerungsmaßnahmen, wenn man sie mit der Pensionslücke vergleicht. Durch den demografischen Wandel steigt diese immer weiter an. So muss der Bund Jahr für Jahr Milliarden zuschießen, weil die Beiträge der Beitragszahler für die Höhe der ausgezahlten Pensionen nicht ausreichen. Wiederum finden sich im Finanzrahmen bis 2026 hierzu keine Strukturreformen. Im Gegenteil: Durch die zusätzlichen Zahlungen im Jahr 2023 wird die Lücke in diesem Jahr sogar noch vergrößert. Das ist brandgefährlich.

Die Ausgaben des Bundes für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie steigen im Budget für das kommende Jahr auf 51 Milliarden Euro. Insgesamt umfassen Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie fast die Hälfte des Bundesbudgets. Dabei sind die Zuschüsse zu den Pensionen strukturell nach wie vor das größte Problem. Insgesamt werden für die Pensionslücke im Jahr 2023 25,5 Milliarden Euro aus dem Bundesbudget zugeschossen werden müssen. Das ist mehr als eine Corona-Krise pro Jahr. Doch auch die milliardenschweren Gießkannenmaßnahmen belasten das Budget schwer. In der Rede des Finanzministers kommen die wachsenden Zuschüsse für das Pensionssystem leider nicht vor. Dabei wird auch im kommenden Jahr wieder mehr Geld für die Ruhegehälter ehemaliger Beamter ausgegeben, als der Staat über die Bildung in die Zukunft unserer Kinder investiert.

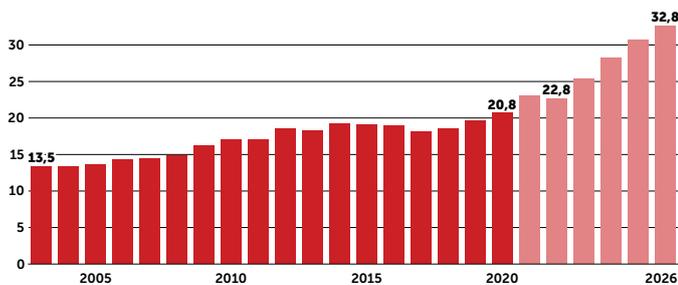
Eine Lösung der immer größer werdenden Pensionslücke wäre eine Anpassung des gesetzlichen Pensionsalters an die steigende Lebenserwartung, wie die Agenda Austria bereits seit Jahren vorschlägt. Damit könnte

auch das durch die außerordentlichen Pensionserhöhungen immer weiter ausgehöhlt. Versicherungsprinzip gerettet werden.

Abb. 4: Die jährlichen Pensionszuschüsse

So hoch sind die jährlichen Zuschüsse ins Pensionssystem

– die Pensionskosten im Budget, in Milliarden Euro



Quelle: BMF.

Anmerkung: Bei den Zuschüssen zu den Pensionen sind der Bundeszuschuss zu den ASVG-Pensionen und die Pensionen der Beamten inkludiert. Die Werte ab 2021 sind die Prognosewerte.



Während in den Vorjahren dem Finanzminister noch die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer Niedrigzinspolitik entgegengekommen ist, hat diese im laufenden Jahr auf die stark gestiegene Inflation reagiert und endlich den Leitzins angehoben. Das WIFO geht in seiner aktuellen Prognose für das Jahr 2023 von einem Hauptrefinanzierungssatz in Höhe von 3,7 Prozent – gegenüber 0,0 Prozent in den vergangenen Jahren – aus. Damit steigen sukzessive auch die Zinsen für österreichische Staatsanleihen. Schulden machen wird für den Finanzminister also teurer als für seinen Vorgänger. Waren im vorherigen Bundesbudget für das Jahr 2023 noch 5,2 Milliarden Euro an Zinszahlungen eingeplant, geht man im Finanzministerium nun von 8,7 Milliarden Euro aus. Auch in den Jahren darauf wird die jährliche Zinsbelastung mit Zahlungen zwischen acht und 8,5 Milliarden Euro deutlich über dem Niveau der letzten Jahre liegen. Glücklicherweise konnte der Staat zuletzt auch die Laufzeit seiner Schuldtitel deutlich ausweiten. Dadurch kann der Staat auch in den kommenden Jahren noch vom Niedrigzinsniveau des vergangenen Jahrzehnts profitieren. Ein strategischer Vorteil gegenüber anderen Ländern wie beispielsweise Italien.

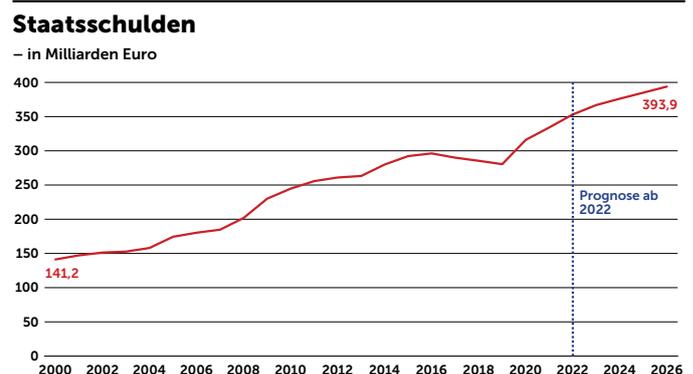
Gesamtstaat und EU-Fiskalregeln

Trotz der enormen Defizite wird die Staatsverschuldung sinken. Nicht in absoluten Zahlen, sondern gemessen an der Wirtschaftsleistung, an der sich die Staatsschuldenquote orientiert. Steigt die Wirtschaftsleistung (aufgrund der Inflation) noch schneller als die Schulden wachsen, sinkt die Verschuldung gemessen

am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ohne, dass ein Überschuss erzielt wird. Für die Reduktion der Schulden in Relation zum BIP war in der Vergangenheit also der anziehende Konjunkturmotor verantwortlich und nicht die Konsolidierung des Budgets. Aktuell sinkt die Schuldenquote nur aufgrund der hohen Inflationsraten. Die Schulden werden in Relation zum BIP weginflationiert. Strukturreformen, die das Budget langfristig entlasten, sind nämlich nicht zu sehen. Ein Plan, die Schuldenstände nachhaltig zu reduzieren und Spielraum für kommende Generationen zu schaffen, lässt sich aus den vorliegenden Zahlen nicht ablesen. Reformen, die zu Entlastung auf der Ausgabenseite führen, sucht man vergeblich.

Das Niveau der gesamtstaatlichen Schulden wird laut Budgetplan bis 2026 auf ein neues Rekordhoch von 394 Milliarden Euro ansteigen. Aufgrund der hohen Inflationsraten wird das nominelle BIP in den kommenden Jahren jedoch laut Plan deutlich stärker zulegen, womit die Schulden in Relation zum BIP (Schuldenquote) von 82 Prozent im Jahr 2021 auf 72,5 Prozent im Jahr 2026 sinken würden. Von dem im Maastricht-Vertrag vereinbarten Grenzwert in Höhe von 60 Prozent in Relation zum BIP, der nicht überschritten werden sollte, sind wir dennoch weiterhin weit entfernt. Das hat vor allem mit den Sünden der Vergangenheit zu tun. Österreich hat in den konjunkturell guten Jahren stets hohe Defizite erwirtschaftet, während Länder wie Schweden oder Dänemark Überschüsse ausgewiesen haben. In diesen beiden Ländern lag die Staatsschuldenquote im Jahr 202 bei unter 40 Prozent in Relation zum BIP. An diesen Ländern sollte sich Finanzminister Magnus Brunner orientieren, nicht an Frankreich (112,9 Prozent), Italien (150,8 Prozent) oder Griechenland (193,3 Prozent).

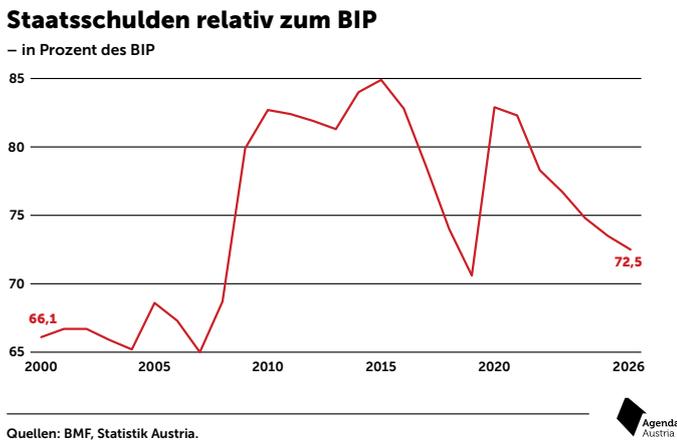
Abb. 5: Die Entwicklung der Staatsschulden seit 2000



Quellen: BMF, Statistik Austria.



Abb. 6: Wie sich die Staatsschulden relativ zum BIP entwickelt haben



Mittlerweile verstößt deutlich mehr als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten gegen die im Maastricht-Vertrag festgelegte Schuldenobergrenze. Dabei werden Budgets in Krisenjahren ohnehin nicht den Fiskalregeln unterworfen. Das Problem: Seit Jahren findet sich immer wieder eine neue Krise, die dafür sorgt, dass das bestehende Regelwerk nicht zum Tragen kommt. Doch Fiskalregeln, die in den letzten Jahren häufiger ausgesetzt als in Kraft waren können auch nicht wirken. Damit stieg selbst mit in Kraft befindlichen Fiskalregeln der Schuldenberg einiger EU-Staaten kontinuierlich an.

Handlungsempfehlungen

Auch in den kommenden Jahren wird Österreich ein Steuer- bzw. Abgabenparadies bleiben. Allerdings nicht für die Steuerzahler, sondern für den Staat, der diese Einnahmen empfängt. Auch die Abschaffung der kalten Progression ändert daran nur wenig. Nichtsdestotrotz begrüßen wir die Umsetzung unserer jahrelangen Forderung. Wichtig wäre, dass in Zukunft die kalte Progression zu 100 Prozent automatisch abgegolten werden würde und nicht nur zwei Drittel. Es sollte also ein vollständiger Tarif auf Rädern eingeführt werden.

Bei zukünftigen Ausgaben sollte der Staat darauf achten, zielgerichtet zu entlasten. Milliarden schwere Gießkannenprogramme entlasten die Menschen nur scheinbar. Sie zahlen sich diese Programme schlussendlich selbst. Entweder als Steuerzahler heute oder schuldenfinanziert die kommenden Generationen in der Zukunft.

— **Eine strenge Ausgabenbremse einführen:** Österreich hat noch immer ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse. Vorbild

könnte hier Schweden sein: Dort gibt es seit 2010 für den Bund und das Pensionssystem ein Überschussziel von einem Prozent des BIP. Weil diese Vorgabe für den Zeitraum eines ganzen Konjunkturzyklus gilt, ist das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig. Begleitet wird die Regel von einer Ausgabenbeschränkung. Hierbei wird im Parlament das Budget für mindestens drei Jahre unter der Prämisse des Überschussziels beschlossen.

— **Einen Haushaltsplan für die Ressorts einführen:** Um Budgetdisziplin zu verankern, sollte für Österreich daher Folgendes umgesetzt werden: Ein Haushaltsplan teilt für die kommenden fünf Jahre den Ressorts die öffentlichen Gelder je nach Bedarf zu. Dieser Haushaltsplan definiert die maximal zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für diesen Zeitraum. Solange die Verschuldung bei über 60 Prozent relativ zum BIP liegt, sollte der Anstieg der gesamten Ausgaben die allgemeine Teuerung nicht übersteigen. Die Einhaltung ist gerade dank der aktuell niedrigen Zinsen im Rahmen des Möglichen, Strukturreformen werden die Einhaltung der Regel auch in einem normalen Zinsumfeld gewährleisten.

— **Die Pensionsreform in Angriff nehmen:** Das Budget sieht die Finanzierbarkeit des Pensionssystems durch die Anhebung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter gegeben. Ein späterer Abschied vom Arbeitsleben wirkt durchaus positiv auf die Finanzierung des Pensionssystems: Menschen, die länger arbeiten, zahlen während dieser Zeit weiter Pensionsversicherungsbeiträge ein. Vergessen wird aber oft der belastende Teil des späteren Antritts: Durch das längere Arbeitsleben werden auch höhere Pensionsansprüche erworben, die entsprechend auch ausbezahlt werden und damit die Gesamtausgaben zukünftig ansteigen lassen. Ein späterer tatsächlicher Pensionsantritt reduziert damit das Defizit im Pensionssystem nicht nachhaltig, sondern verschiebt die Problematik in die Zukunft. Deshalb muss das gesetzliche Antrittsalter steigen. Statt Heranführung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters sollte das Pensionssystem an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden. Das Pensionsantrittsalter sollte ab sofort jedes Jahr um zwei Monate angehoben werden, bis ein Antrittsalter von 67 Jahren erreicht ist. Andere Länder wie die Niederlande gehen noch schneller vor, aber die Steigerung um zwei Monate pro Jahr ist zumindest notwendig, um die erhöhte Belastung durch die Babyboomer-Generation abzufangen.

— **Investitionen in die Zukunft forcieren:** Das Budget beinhaltet Investitionen zum Klimaschutz. Während die Investitionen in die „grüne Transformation“ ein erster Schritt sind, kann langfristig und nachhaltig nur Unterstützung der Forschung und Innovation dem Klimawandel entgegenwirken. Technologieoffenheit ist das oberste Motto. Denn nur damit besteht die Chance, in der Bekämpfung des Klimawandels die richtigen Entscheidungen zu treffen, neue Technologien zu entwickeln und auf der Verkäuferseite zu stehen.

— **Die EU-Fiskalregeln wieder einsetzen:** Die EU-Regeln müssen wieder zur Geltung kommen und dann gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass manche Mitgliedsländer die Maastricht-Kriterien Jahr für Jahr verletzen und die EU immer mehr zu einer Transferunion wird. Dazu gehört auch, dass das milliardenschwere EU-Paket auch mit einer gemeinsamen EU-Anleihe finanziert wird. Es wäre die Aufgabe der Bundesregierung solchen Ansinnen in Zukunft auf EU-Ebene eine Absage zu erteilen.

— **Datenbasis für zukünftige Fördergelder erstellen:** Die Hilfszahlungen werden vermutlich nicht die letzten gewesen sein und die Teuerungskrise auch nicht die letzte Krise. Um zukünftig treffsicher helfen zu können, muss die Regierung jetzt die entsprechende Datenbank aufbauen, damit die Gießkanne im Garten bleibt.

— **Arbeitsmarktreform:** Das Land braucht wieder mehr Einzahler, sonst werden die Sozialsysteme nicht dauerhaft finanzierbar bleiben. Dafür muss der Faktor Arbeit finanziell stärker entlastet werden, damit sich mehr Arbeit lohnt. Außerdem steht der Arbeitsminister in der Pflicht die angekündigten Reformen am Arbeitsmarkt in die Umsetzung zu bringen. Dabei geht es in erster Linie um die Geringfügigkeitsfalle und die Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes.

Die geringfügige Beschäftigung soll den Kontakt zur Arbeitswelt aufrechterhalten, aber keine dauerhafte Alternative zu einer normalen Beschäftigung darstellen. In der Realität sitzen die Menschen aber in der Geringfügigkeit fest und schaffen nur selten den Wechsel zurück in den regulären Arbeitsmarkt. Deshalb muss die Zuverdienstgrenze zeitlich begrenzt werden (auf maximal sechs bis zwölf Monate). Darüber hinaus könnte der Zuverdienst auf 200 Euro monatlich reduziert werden. Zugleich sollte es finanzielle Eingliederungshilfen für Menschen geben, die schon länger als ein Jahr keinen Job haben. Wobei die Förderung mit der Zeit abschmelzen sollte.

Das Arbeitslosengeld braucht ebenfalls eine Umgestaltung und Österreich sollte sich am dänischen Flexicurity-Modell orientieren. Dafür müsste die Ersatzrate zu Beginn der Arbeitslosigkeit von derzeit 55 Prozent auf 65 Prozent des letzten Einkommens steigen. Danach würde der finanzielle Druck schrittweise erhöht. Nach 18 Wochen Arbeitslosigkeit gäbe es nur noch 55 Prozent des Letztbezugs (so viel wie derzeit) und nach 35 Wochen nur noch 45 Prozent. Die Sozialhilfe bliebe als letztes Auffangnetz erhalten. Für einen Single-Haushalt läge die absolute Untergrenze damit bei aktuell 978 Euro monatlich (zwölfmal). Um die Erfolgchancen für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu erhöhen, muss in eine intensive und zielgerichtete Qualifizierung der Arbeitslosen investiert werden.

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Marcell Göttert, MSc

Mag. Hanno Lorenz

Begutachtung

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Lektorat

Dr. Katharina Ebner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at**

agenda-austria.at